

Nachrichtendienst des Bundes
Papiermühlestrasse 20
3003 Bern

Zürich, 30. April 2013

Bundesgesetz über den zivilen Nachrichtendienst (Nachrichtendienstgesetz; NDG)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Als Dachverbände der jüdischen Gemeinden der Schweiz bezwecken wir die Wahrung und Förderung der gemeinsamen Interessen der Juden in der Schweiz. Zu unseren wichtigsten Anliegen gehören auch die Sicherheit der jüdischen Gemeinschaft der Schweiz und deren Institutionen, sowie die Prävention von Antisemitismus und antisemitisch motivierter Gewalt.

Die Geschichte zeigt, dass Juden und jüdische Institutionen in den vergangenen Jahrzehnten weltweit immer wieder in den Fokus terroristischer Gruppierungen und Aktivitäten gerieten. Auch wenn die Schweizer Juden bisher vor terroristischen Angriffen verschonten blieben, sind in den letzten Jahren als Juden erkennbare Personen auch in unserem Land körperlich angegriffen und Synagogen, unter anderem durch Brandstiftung, beschädigt worden. Terroristische oder extremistische Attacken können in Zukunft auch in der Schweiz nicht ausgeschlossen werden und die jüdischen Gemeinden sind deshalb seit Jahren gezwungen, zum Schutz ihrer Mitglieder Sicherheitsvorkehrungen zu treffen und darin grosse Summen zu investieren. In diesem Zusammenhang ist es für uns besonders wichtig, dass grössere voraussehbare Risiken rechtzeitig erkannt und die notwendigen Präventionsmassnahmen getroffen werden können.

Aus diesen Gründen möchten wir uns spontan an der Vernehmlassung zum neuen Bundesgesetz über den zivilen Nachrichtendienst NDG beteiligen. Da Sicherheitsfragen für uns als jüdische Dachverbände von grosser Bedeutung sind, würden wir uns freuen, wenn wir in Zukunft bei Vernehmlassungen zu sicherheitsrelevanten Themen auch miteinbezogen würden.

Für uns steht fest, dass die persönliche Freiheit und das Recht auf Privatsphäre in der Schweiz hohe Werte darstellen. Der Schutz der Gesellschaft und des Staates erfordert aber kontrollierte Massnahmen zur Früherkennung von Risiken und insbesondere von Personen und Organisationen, die eine konkrete Gefahr darstellen.

Der Entwurf des neuen NDG ist ein Fortschritt in diese Richtung; gleichzeitig bleibt er ausgewogen und stellt das Recht auf Privatsphäre und die persönliche Freiheit nicht in Frage. Deshalb befürworten wir die Einführung von neuen Informationsbeschaffungsmassnahmen in den Bereichen Terrorismus, verbotener Nachrichtendienst, Proliferation und Angriffe auf kritische Infrastrukturen oder zur Wahrung weiterer wesentlicher Landesinteressen.

Als jüdische Dachverbände hätten wir es begrüsst, wenn die neuen Informationsbeschaffungsmassnahmen auch für den Bereich des gewalttätigen Extremismus

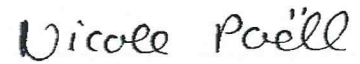
erlaubt würden. Wir hoffen nun, dass der vorliegende Entwurf zumindest nicht abgeschwächt, sondern möglichst unverändert angenommen wird.

Mit freundlichen Grüßen,



Dr. Herbert Winter
Präsident SIG

Sabine Simkhovitch-Dreyfus
Vizepräsidentin SIG



Nicole Poëll
Präsidentin PLJS